

Neues Gutachten für Windkraft nötig

Von Dietmar Fratz, 12.01.12, 07:00h

In einer Sitzung des Bau- und Planungs- sowie des Umwelt- und Verkehrsausschusses wurde einstimmig beschlossen, ein neues Gutachten für Wind- und Sonnenenergienutzung in Auftrag zu geben.



Windräder stehen in Blickweite von Niederembt hinter der Stadtgrenze in Titz. Auch auf Elsdorfer Seite sind Anlagen geplant. (Foto: Fratz)

ELSDORF - In einer gemeinsamen Sitzung des Elsdorfer Bau- und Planungs- sowie des Umwelt- und Verkehrsausschusses wurde einstimmig beschlossen, ein neues Gutachten für Wind- und Sonnenenergienutzung im Stadtgebiet in Auftrag zu geben. Die CDU-Fraktion will damit der Stadt neue Möglichkeiten eröffnen, Windanlagen an sinnvollen Standorten zu genehmigen aber auch selbst Gewinn daraus zu erzielen.

„In Zeiten knapper Kassen brauchen wir zusätzliche Standbeine“, argumentierte CDU-Fraktionsvorsitzender Andreas Heller und will die Entscheidung als „Grundsatzbeschluss ohne Vorfestlegung“ verstanden wissen.

Bereits vor 13 Jahren hatte es ein solches Gutachten gegeben, in dem drei Vorrangflächen ausgewiesen wurden. Diese liegen nördlich von Oberembt sowie nördlich und südöstlich von Niederembt. Das neue Gutachten soll 25000 Euro kosten. „Das richtet sich nach der zu untersuchenden Fläche, und die liegt in Elsdorf bei 66 Quadratkilometern“, führte der Beigeordnete Johannes Mies aus. Im Preis sei jedoch weder ein Artenschutz- noch ein Landschaftsgutachten enthalten.

Wulf Köster (SPD), der wie die übrigen Sprecher bedauerte, dass die Bezirksregierung als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde keinen Vertreter in die Sitzung entsandt hatte (Köster: „Die kommentieren ihre Erlasse nicht“), wies darauf hin, dass im vorhandenen Gutachten die Auswirkungen der Sophienhöhe auf den Wind noch nicht einberechnet seien.

Hartmut Bergheim (Grüne) begrüßte den Vorstoß „ausdrücklich“. „Wir waren in der Vergangenheit die Rufer in der Wüste“ freute er sich, dass es „jetzt in die richtige Richtung“ gehe.

Ins Gespräch gebracht wurde auch ein Windpark auf der südlichen LEP-6-Fläche zwischen Paffendorf und Elsdorf. Dort sei auch ein Investor denkbar. In den großen Fraktionen sei,

wie deren Sprecher einräumten, noch kein einheitliches Meinungsbild erkennbar. Dennoch wurde dem Rat ein gleichlautender Beschluss empfohlen. Einigkeit herrschte darüber, dass im Rechtsstreitverfahren zu den Rädern vor Niederembt keine weiteren Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Hier herrscht Uneinigkeit über die Lage der Ausgleichsflächen, die laut Erlass im selben Bbauungsplangebiet wie die Anlage liegen müssen. Elsdorf hatte gegen die Bezirksregierung geklagt, ein Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts steht noch aus.

Enttäuscht zeigten sich die zahlreich anwesenden Vertreter von „Störwind“, die zwar für alternative Energieerzeugung sind, aber auf Vermeidung von Schäden für die Bewohner pochen. Deren Vorsitzender Werner Zavelberg hatte sich eine inhaltliche Diskussion erhofft und wünscht sich zudem die Festlegung einer 2000-Meter-Bannmeile um bewohntes Gebiet. „Die Ausweisung von Flächen ist ein weiterer Akt. Dann müssen natürlich auch die Bürger gehört werden“, befand Heller. Zavelberg legte Wert darauf, dass bei der Wahl des Gutachters genau hingesehen werde. Schließlich sei die damalige Gutachterin, die Diplom-Geographin Silke Merz, in Lohn und Brot der Windenergiewirtschaft.